

**Herrn
Lars Klingbeil – Generalsekretär SPD
Willy-Brandt-Haus
Wilhelmstraße 141
10963 Berlin**

Mannheim, den 18.10.2021

Koalitionsvertrag SPD / Bündnis 90/DIE GRÜNEN / FDP

Sehr geehrter Herr Klingbeil,

die „Interessengemeinschaft ehemaliger DDR-Flüchtlinge e.V.“ (IEDF) hatte den Parteien aus Anlass der Bundestagswahl Fragen zu ihren politischen Positionen gestellt (Wahlprüfsteine 2021).

Frage 3 lautet:

„Kann Ihre Partei gewährleisten, dass der Konflikt „DDR-Altübersiedler und deren vom 12. Bundestag als damaligem Gesetzgeber nicht legitimierte Einbeziehung in die Rentenüberleitung“ zum Gegenstand von fairen und belastbaren Koalitionsvereinbarungen der 20. Legislaturperiode wird?“

Das Thema „DDR-Altübersiedler und deren vom Gesetzgeber nicht legitimierte rückwirkende und nachträgliche Einbeziehung in die Gesetzgebung zum Beitritt der DDR“ ist der SPD seit langem bekannt. Wir erinnern an den unvergessenen Politiker Ottmar Schreiner, der sehr schnell die Initiative zur Bereinigung des Rechtsverstößes ergriffen hatte. Er erwies sich als ehrlicher Anwalt.

Sie, sehr geehrter Herr Klingbeil, werden sich an die 17. Legislaturperiode erinnern, als Ihre Fraktion mit dem von Ottmar Schreiner initiierten Antrag 17/5516 die Bundesregierung aufgefordert hatte, das zu Lasten der DDR-Flüchtlinge verletzte Recht wieder herzustellen. Der aus der Opposition heraus eingebrachte Antrag der SPD ist am Widerstand der CDU/CSU gescheitert.

Sie werden sich auch an das von allen Fraktionen getragene Votum des 17. Bundestages zu der Sammelpetition Pet. 3-16-11-8222-015348 erinnern, das die gleiche Zielrichtung hatte.

Sie, sehr geehrter Herr Klingbeil, hatten zu dieser Zeit bereits der Bundestagsfraktion angehört.

Bedauerlicherweise hatte es die SPD nicht vermocht, ihre in den genannten Dokumenten verankerten Positionen in die Koalitionsverträge zum 18. sowie 19. Bundestag einzubringen. Das sollte in dem aktuellen Koalitionsvertrag keinesfalls erneut passieren.

Die von UOKG, VOS und IEDF im April 2018 eingereichte Beschwerde Pet. 3-19-11-8222-006233 „*Beschwerde über die Nichteinhaltung der Festlegungen zum Rentenrecht in den beiden Staatsverträgen mit der DDR*“ macht noch mehr als die vorherigen Initiativen deutlich, dass es hier nicht um eine Ermessensfrage, sondern, wie es ein namhafter Verfassungsrechtler einmal formuliert hat, um ein evidentes Rechtsstaatsproblem geht.

Die jetzt vorhandenen Mehrheitsverhältnisse bieten die Möglichkeit, endlich die bisherige Blockade zu überwinden und damit gleichzeitig die über mehrere Legislaturperioden verwaltete politische Demütigung der ehemaligen DDR-Flüchtlinge zu tilgen.

Bitte sorgen Sie dafür, dass das o. g. Thema Bestandteil des Koalitionsvertrages wird.

Mit freundlichem Gruß,



Dr.-Ing. Jürgen Holdefleiß
Vorsitzender IEDF